



EU:

Verständigung für Asyl und Migration

Ende letzter Woche meldete sich der französische Innenminister aus der Sitzung mit seinen EU-Kollegen, die er gerade leitete,



um eine „historische Einigung“ zu verkünden. „Großer Fortschritt im Ministerrat beim Pakt für

Asyl und Migration“, beschrieb er den Deal.

Es gebe eine „breite Mehrheit“ für zwei Verordnungen, die den Grenzschutz verbessern sollen, und für einen neuen „Solidaritätsmechanismus, um den Mitgliedstaaten zu helfen, die unter hohem Druck stehen“. In den kommenden Tagen werde die französische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission eine Sitzung einberufen, um die „Plattform der Solidarität“ in konkrete Taten zu übersetzen, kündigte er an.

Im Herbst 2020 hatte die Kommission ihren Idee für eine Reform des Asyl- und Migrationsrechts vorgelegt. Seitdem ist aber nicht viel passiert, es konnten sich die Mitgliedstaaten nur auf einen Schritt verständigen, über den es schon vorher Konsens gab: die Aufwertung des Unterstützungsbüros für Asylfragen, kurz EASO, zu einer echten Behörde mit mehr Geld, Mitarbeitern und Kompetenzen.

Nun scheint der Weg frei zu sein für zwei weitere Schritte. Zum einen: die Eurodac-Verordnung, in der Asylbewerber erfasst werden, wenn sie das erste Mal in das

Unionsgebiet einreisen. Künftig sollen neben Fingerabdrücken auch biometrische Daten gespeichert werden. Vor allem soll es durch eine Vernetzung mit anderen Datenbanken möglich werden, Migrationsbewegungen zu erkennen. Das gilt als „technisches Dossier“, doch sträubten sich die Mittelmeeranrainer lange Zeit dagegen, einzelne Elemente aus dem Migrationspakt herauszulösen.

Die sogenannte Screening-Verordnung sieht ein Schnellverfahren an der Außengrenze vor, um zu ermitteln, wer Aussicht auf Schutz hat – und wer nicht. Die einen könnten schneller abgeschoben, die anderen umverteilt werden, wenn der Migrationsdruck auf ein Land besonders groß ist.

Migranten sollen die Staaten nach einem festen Schlüssel übernehmen, welche wirklich Schutz benötigen. Wer nicht zu dieser „Relocation“ bereit ist, soll entweder einem besonders belasteten Staat an der Außengrenze finanziell helfen oder Projekte in Drittstaaten unterstützen, die geeignet sind, den Flüchtlingsstrom nach Europa einzudämmen. Dafür ist ein Mindestbeitrag vorgesehen – auch um zu verhindern, dass sich viele Staaten für diesen Weg entscheiden und so die Kosten für jeden Einzelnen senken.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bestätigte die Einigung in Luxemburg und sprach von einem „großen Fortschritt“.

Sie unterstrich, die Solidaritätserklärung werde von den „meisten Mitgliedstaaten“ getragen, der „überwiegenden Mehrheit“. Nur einige Staaten hätten sich negativ geäußert, unter anderem die österreichische Bundesregierung. Bereit zur Aufnahme von Flüchtlingen seien „circa zwölf Staaten“, darunter auch Bulgarien und Rumänien. Die Regierung in Berlin hat sich in ihrem Koalitionsvertrag für eine solche Koalition der Willigen stark gemacht. Der

Vergleichsmaßstab ist ein Ad-hoc-Mechanismus für Bootsflüchtlinge, der im Herbst 2019 von ihrem Vorgänger Seehofer vereinbart worden war.

Israel und Ägypten neue Lieferanten für Gas in die EU

Im Bestreben, ihre Erdgasversorgung unabhängig von Russland zu machen, setzt die Europäische Union unter anderem auf eine Zusammenarbeit zwischen Ägypten und Israel. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen war letzten Mittwoch in Kairo zugegen, als Energiekommissarin Kadri Simson, der ägyptische Erdölminister Tarek El-Molla und die israelische Energieministerin Karine Elharrar eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichneten. Vorgesehen ist, dass von Israel gefördertes Erdgas an die ägyptische Mittelmeerküste gepumpt und in den dortigen Anlagen verflüssigt wird. Anschließend soll es in die EU verschifft werden.

Das Abkommen sei „ein großer Schritt nach vorn bei der Energieversorgung Europas“,



lobte von der Leyen. Sie sprach zugleich von einem „ersten Schritt auf dem Weg zu einem mittelmeerweiten

Abkommen“. Elharrar sagte, in einem „historischen Augenblick“ sei „das kleine Israel ein signifikanter Akteur im globalen Energiemarkt geworden“.

Laut einer Schätzung des israelischen Fernsehkanals 12 könnte der Erdgasexport in die EU dem Staat jährlich knapp 280 Millionen Euro einbringen. Vor der Küste Israels und der Nachbarländer gibt es große Erdgasvorkommen. Israel hat bislang aber kein Gas nach Europa exportiert; weder gibt es entsprechende Pipelines noch besitzt

Israel Verflüssigungsanlagen. Ägypten, das über solche Anlagen verfügt, strebt an, der regionale Hauptumschlagplatz für Erdgas zu werden.

Deutschland

Neue Verfassungsschutzberichte vorgestellt

Rechts, links, islamistisch, antisemitisch, diffus: Extremismus in Deutschland bekommt immer mehr Schattierungen. Das zeigt der Verfassungsschutzbericht für 2021, der in Berlin

vorgestellt wurde. Die größte Gefahr für die Demokratie in Deutschland stelle



mittlerweile der Rechtsextremismus dar, wie Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, betonte.

Die Anhängerschaft islamistischer Gruppen ist nach Einschätzung der Kölner Bundesbehörde erstmals seit vielen Jahren leicht geschrumpft: um etwa 1,5 Prozent auf 28.290 Menschen. An Anziehungskraft verloren demnach besonders salafistische Gruppen. Vor allem von dschihadistisch motivierten Einzeltätern und Kleinstgruppen gehe aber nach wie vor eine große Gefahr aus, warnt der Verfassungsschutz. Die salafistische Szene sei heterogener geworden, betonte Bundesinnenministerin Nancy Faeser: "Die geringere Sichtbarkeit dieser Szene verringert aber nicht das Gefährdungspotenzial."

Im Bericht des Verfassungsschutzes des Landes Berlin ist dagegen das Personenpotenzial an extremistischen Islamisten im Vergleich zum Vorjahr um 90

Personen auf insgesamt 2.260 Personen angestiegen. Das salafistische Personenpotenzial beläuft sich unverändert auf etwa 1.100 Personen, während dem Spektrum des politischen Islam weiterhin etwa 600 Personen zugerechnet werden.

Verharmlosung der islamistischen Gefahren?

Obwohl die deutsche Innenministerin bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2021 den Islamismus als eine „eine ernste Bedrohung“ bezeichnete und im Koalitionsvertrag SPD, Grüne und FDP versprochen hatten, dem Islamismus „entschieden“ entgegenzutreten, sehen Beobachter keinerlei konkrete Aktionen in diesem Bereich. Vielmehr weisen einige Anhaltspunkte aus den vergangenen Monaten darauf hin, dass die Koalition das Thema vernachlässigt.



Die
Bundesregierung

Ein gemeinsames Diskussionspapier des Familien- und Innenministeriums für das geplante Demokratiefördergesetz ist ein Beispiel. Darin heißt es: „Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind ebenso ein Angriff auf unser gesellschaftliches Miteinander wie Antiziganismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit, Antifeminismus, Queerfeindlichkeit und weitere Ideologien der Ungleichwertigkeit sowie Diskriminierungen.“ Islamischer Fundamentalismus taucht hier nicht auf.

Der parlamentarische Staatssekretär Sven Lehmann (Grüne) erklärte auf Anfrage der Unionsfraktion im Familienausschuss: Es sei nicht geplant, im Gesetz alle Formen des Extremismus explizit zu nennen. Dies wäre später „Gegenstand der Programmleitlinien“.

„In einer gesetzlichen Regelung muss Prävention gegen islamistischen Extremismus deutlich als Aufgabenfeld benannt werden“, heißt es in einer Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus, in der sich zivilgesellschaftliche Organisationen der Islamismusprävention zusammengeschlossen haben. Sie hält es für irritierend, dass Islamismus hier ausgeklammert wird.

Ditib-Imam huldigt Hamas und Muslimbruderschaft

Der deutsch-türkische Moscheeverband Ditib beschäftigt in Hamburg einen Imam, der einen führenden Begründer der islamistischen Terrororganisation Hamas lobte: In einem mittlerweile gelöschten Facebook-Post vom 18. April 2021 hatte der Imam Hasan Caglayan den Hamas-Begründer Ahmad Yasin als einen von „fünf schönen Menschen“ mit „Botschaften und Lehren für all jene, denen die Sache um Jerusalem wichtig ist“, bezeichnet. Yasin gründete im Jahr 1986 mit der Muslimbruderschaft die Hamas und rief zum gewalttätigen Widerstand sowie zu Selbstmordattentaten gegen Israelis auf.



Nach der Aussage wurde der Theologe zunächst in die Türkei zurück gerufen, mittlerweile predigt er aber wieder auf deutschem Boden, in einer Moschee in Hamburg.

Der Vorstand der Ditib Nord bestätigte: „Herr Caglayan ist als Imam in einer unseren Gemeinden tätig. Jedoch sind uns als Ditib Nord-Vorstand die Postings, auf die man uns hingewiesen haben, nicht bekannt.“ Eine Aufarbeitung werde intern konsultiert. Auf

eine Nachfrage über drei Monate später teilte der Vorstand mit, dass die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen seien und kurz vor dem Abschluss stünden. Der Fall werde „intern in einem sehr breit angesetzten Aufarbeitungsprozess integriert und bearbeitet“.

Nach Informationen der Tageszeitung „Welt“ war Caglayan im vergangenen Jahr zudem als stellvertretender Religionsattaché des türkischen Generalkonsulats Hamburg eingesetzt. Die Religionsattachés üben die Dienstaufsicht über die Imame der Ditib aus und werden vom türkischen Außenministerium gesteuert.

Österreich

Mehr Islamfeindlichkeit in Österreich

Die österreichische Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus kommt in ihrem mittlerweile siebten Report über antimuslimischen Rassismus zu dem Schluss, dass im vergangenen Jahr etwas weniger Übergriffe auf Menschen gemeldet wurden, die als muslimisch wahrgenommen werden. Während jedoch weniger Übergriffe in der direkten Interaktion gemeldet wurden, stieg die Zahl von Fällen im Internet. Online gab es 2021 fast doppelt so viele Übergriffe wie offline.

Der Report verzeichnet 1.061 Fälle von antimuslimischem Rassismus im Jahr 2021 (1402 Fälle waren es im Jahr 2020). Das sind allerdings nur jene Übergriffe, die gemeldet oder über Medienbeobachtung entdeckt wurden. Die Zahl ist nicht repräsentativ für alle tatsächlich stattgefundenen Fälle, von einer höheren Dunkelziffer ist auszugehen.



Die Dokumentations- und Beratungsstelle weist auch darauf hin, dass antimuslimischer Rassismus nicht allein von rechtsextremen Gruppen ausgeht, sondern ein grenzüberschreitendes gesellschaftliches Problem ist. Die Islamfeindlichkeit im Allgemeinen steige. Großen Anteil daran habe vor allem die antimuslimische österreichische Politik. Bis zu 31 Prozent der gemeldeten oder beobachteten Fälle gehen von Politikern während politischer Amtshandlung aus. Anstiftung zur Gewalt im Internet fiel besonders oft mit politischen Ereignissen zusammen.

Österreichischer Verfassungsschutz identifiziert islamistische Terrorzelle in Wien

Der Verfassungsschutz hat mit Hilfe von in- und ausländischen Behörden eine mutmaßliche Zelle des IS in Österreich identifiziert, die mit Anschlagplänen im Zusammenhang mit Großveranstaltungen in Europa in Verbindung gebracht wird.

Bei den in Österreich festgestellten IS-Anhängern handelt es sich laut Innenministerium um aus dem Irak stammende Personen.

Wie festgestellt wurde, befinden sich weitere Mitglieder des Netzwerks auch in anderen europäischen Ländern. Es zeigte sich auch, dass das Netzwerk von Österreich aus den IS finanziert. In dem Kontext wird von der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) ebenfalls wegen verbotener Terrorismusfinanzierung ermittelt.

